

Institut für Geschichte und Ethik
der Polizei und
öffentlichen Verwaltung

I. Zielsetzung des Instituts

Das im Juni 2017 gegründete Institut nimmt Forschungs-, Bildungs- und Beratungsaufgaben im Themenfeld von Geschichte und Ethik der öffentlichen Verwaltung einschließlich der Polizei wahr. Ein grundsätzliches Anliegen seiner Arbeit liegt in der Verklammerung von Geschichte und Ethik. Weder für die Verwaltungsgeschichte noch für die Verwaltungsethik gibt es in Deutschland bisher eine vergleichbare Einrichtung. Durch seine historisch- und wertorientierten Arbeiten will das Institut die persönliche und institutionelle Verantwortung innerhalb von Verwaltung und Polizei aufzeigen und praktische Wege zu ihrer Umsetzung entwickeln.

Innerhalb der HSPV NRW initiiert und bündelt das Institut Aktivitäten im Themenfeld von Geschichte und Ethik der öffentlichen Verwaltung. Nach außen soll es in Wissenschaft und Praxis das breit gefächerte Spektrum an Arbeiten in diesen Bereichen an der HSPV NRW sichtbar machen und damit auch als Ansprech- und Kooperationspartner für Anfragen, Diskussionen und Projekte fungieren. Dies schließt auch Auftragsforschungen sowie Bildungs- und Beratungstätigkeiten für die Einstellungsbehörden ein. Ein Überblick über die bisherigen Aktivitäten des Instituts im ersten Arbeitsjahr liegt diesem Konzept als Anhang bei.

Ausdrücklich versteht sich das Institut als Einladung an alle interessierten haupt- und nebenamtlichen Dozenten/innen der HSPV NRW, ihre Expertise sowie ihre Interessen in die Arbeit des Instituts einfließen zu lassen. Gleiches gilt für die Vertreter/innen der Einstellungsbehörden sowie für externe Wissenschaftler/innen.

II. Aufgaben des Instituts

Das Institut will Forschungs-, Bildungs- und Beratungsaufgaben in unterschiedlichen Themenfelder wahrnehmen.

1. Im Arbeitsfeld Forschung u.a. durch

- Veranstaltung wissenschaftlicher Workshops, Tagungen und Vortragsreihen
- Herausgabe einer eigenen wissenschaftlichen Schriftenreihe
- Forschung im Bereich der Geschichte und Ethik der öffentlichen Verwaltung und Polizei vom 19. bis 21. Jh. in der Bundesrepublik (und in Europa)
- Wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte von Ministerien, Behörden etc.
- Praxisbezogene Studien zu moralischen Herausforderungen der polizeilichen Arbeit (z.B. im Kontext von Terrorlagen)
- Forschung zu Fragen von Menschenwürde und Menschenrechten angesichts aktueller Entwicklungen (z.B. digitaler Strukturwandel, Stichworte: Cyber-Kriminalität, e-government etc.)
- Auf- und Ausbau einer Fachbibliothek für die Geschichte und Ethik der öffentlichen Verwaltung einschließlich der Polizei (mittel- oder langfristige Option)

2. Im Arbeitsfeld Bildung u.a. durch

- Aus- und Fortbildungsmaßnahmen für Lehrende der HSPV NRW
- Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu aktuellen Herausforderungen der öffentlichen Verwaltung (einschl. Polizei) für Studierende und Lehrende der HSPV NRW, Multiplikatoren aus Behörden und Ausbildungseinrichtungen etc.
- Ausarbeitung und Weiterentwicklung von Lehr- und Lernmaterialien zur historisch-politischen und ethischen Bildung an der HSPV NRW
- Seminare und Fortbildungen für Mitarbeiter/innen der öffentlichen Verwaltung zu praxisrelevanten verwaltungsethischen bzw. -historischen Themen
- Gesonderte führungsethische Angebote für aktuelle und angehende Verantwortungsträger in der öffentlichen Verwaltung
- Zusammenarbeit mit Gedenkstätten und Erinnerungsorten in NRW und Organisation von Studienfahrten zu Erinnerungsorten deutscher Geschichte (z.B. Auschwitz) für Studierende und Lehrende

3. Im Arbeitsfeld Beratung u.a. durch

- Aufarbeitung der Behördengeschichte (bes. NS-Zeit und frühe Bundesrepublik)
- Stellungnahmen in historisch-politischen Kontroversen über Straßennamen, städtische Ehrengräber etc.
- Unterstützung bei der ethischen Ausrichtung der Personal- und Organisationsentwicklung der öffentlichen Verwaltung
- Entwicklung von Verhaltenskodizes und Leitbildern im öffentlichen Dienst
- Gezielte Evaluierung von Projekten, Verfahren etc. unter historischen und ethischen Gesichtspunkten
- Gutachten und Stellungnahmen zu Fragen des Menschenrechtsschutzes (etwa zu racial/ethnic profiling)
- Moderation von Stakeholder-Dialogen zu lokalen Maßnahmen und gemeinsamen Projekten von öffentlichen und nicht öffentlichen Akteuren (Governance)

III. Organisation

1. Rechtsstellung

Das Institut für Geschichte und Ethik der Polizei und öffentlichen Verwaltung soll als wissenschaftliche Einrichtung der HSPV NRW im Sinne von §33 Abs.1 der Grundordnung der HSPV NRW arbeiten. Organe des Instituts sind die Mitgliederversammlung und der Vorstand.

2. Aufgaben der Mitgliederversammlung und des Vorstandes

Die Mitgliederversammlung und der Vorstand des Instituts haben die Aufgabe, sich um die wissenschaftliche Reputation des Instituts zu kümmern. Die genauere Aufgabenbeschreibung regelt die Geschäftsordnung.

3. Ressourcen

Über die Unterstützung der Institutsarbeit entscheidet die HSPV NRW im Rahmen ihrer Forschungsförderung. Wünschenswert ist eine prinzipielle Gleichbehandlung mit den anderen beiden Forschungseinrichtungen der HSPV NRW (IPK und FMP) auf der Grundlage der entsprechenden Empfehlungen der Forschungskommission.

IV. Integration in die Forschungsstruktur der HSPV NRW

Innerhalb der HSPV NRW ist das IGE eine Ergänzung zu den bestehenden Forschungseinrichtungen/-gruppen und hat durch seine fachbereichsübergreifende, historische und ethische Ausrichtung ein Alleinstellungsmerkmal. In den aktuellen Diskussionsprozess zur Ausgestaltung der künftigen Forschungsstruktur der HSPV NRW wird sich das IGE gerne und in enger Abstimmung mit der Forschungskommission einbringen.

V. Kooperationen und Partnerschaften

Sowohl im Arbeitsbereich Forschung als auch im Bereich Bildung sucht das Institut die Kooperation mit Einrichtungen der Polizei und der öffentlichen Verwaltung sowie mit Politik und Justiz. Darüber hinaus greift es auf bereits bestehende Partnerschaften und Netzwerke der Zivilgesellschaft sowie der nationalen und internationalen Wissenschaft zurück. Zum Beispiel:

- Landeszentrale für Politische Bildung
- Landesarchiv NRW, Stadtarchive, Mahn- und Gedenkstätten
- Geschichtsort Villa ten Hompel und Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NRW
- Deutsches Institut für Menschenrechte
- Deutsche UNESCO-Kommission
- Universitäten Düsseldorf, Münster, Marburg und Konstanz
- Einrichtungen des Flüchtlingsschutzes (BUMF e.V., Berlin, PSZ Düsseldorf, ...)

VI. Chancen durch das Institut

Das Institut kann durch seine Arbeit zahlreiche Impulse setzen, von denen die HSPV NRW, ihre Lehrenden und Studierenden sowie die Einstellungsbehörden, Ministerien und sonstige Partner aus der Fachpraxis unmittelbar profitieren können:

- *HSPV NRW*: Qualitative Verbesserung der Lehre; Stärkung der bundesweiten Reputation; Ausbau des eigenen, nachhaltigen Bildungs-, Beratungs- und Forschungsprofils
- *Einstellungsbehörden, Ministerien und sonstige Partner aus der Fachpraxis*: Neuer und klar identifizierbarer Ansprechpartner für Beratungsleistungen, Schulungen und Forschungsprojekte
- *Studierende*: Inspirierende und lebendige Hochschulkultur durch zusätzliche Angebote; Stärkung eines historisch und ethisch vergewisserten Berufsverständnisses durch eine verbesserte Lehre